Die Anfangsjahre des Uranbergbaus in Sachsen

Eine Chronologie

Werner Schiffner

1945

27.01. Das Oberste Verteidigungskomitee der UdSSR beschließt, die Uransuche über die Grenzen des eigenen Landes hinaus auszudehnen.

11.02. Der britische Premierminister Churchill, der US-Präsident Roosevelt und der sowjetische Generalissimus Stalin verhandeln in Jalta über die Aufteilung der Besatzungszonen Deutschlands.

16.04. Amerikanische Truppen rücken in die erzgebirgischen Städte Aue, Hartenstein und Lößnitz ein.

08.05. Sowjetische Truppen besetzen die sächsischen Städte Annaberg, Chemnitz und Marienberg.

Juni Generaloberst Serov, Stellvertreter des sowjetischen Innenministers und Geheimdienstchefs Berija, werden alle sowjetischen Geologen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zur Uransuche unterstellt.

10.06. US-Präsident Truman gibt den Befehl zum Rückzug der amerikanischen Armeen aus Thüringen und Sachsen.

11.06. Sowjetische Truppen rücken in Aue und Schneeberg ein.

Aug. Eine Gruppe sowjetischer Geologen beginnt mit der Untersuchung von Uranlagerstätten auf der böhmischen Seite des Erzgebirges.

14.09. Ein erster Bericht wird an das Oberste Verteidigungskomitee der UdSSR gesandt.

26.09. Oberst S.P. Aleksandrov, bislang verantwortlich für die sowjetische Uranerkundung in Bulgarien, nunmehr Leiter der sowjetischen Geologenexpedition in Deutschland, trifft mit Sondereinheiten des Geheimdienstes NKWD in Sachsen ein.

Sept. Die ersten deutschen Bergleute, darunter der Obersteiger der Sachsenerz Bergwerks AG in Freiberg, Johannes Schmidt, werden von den Besatzungsbehörden zur Uranerkundung verpflichtet und unterstützen die Arbeiten beim Aufschließen alter Gruben.

Herbst Schmidt wird von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Berlin-Karlshorst als Berater in Fragen der Urangewinnung hinzugezogen.

01.10. Dr. Adolf Krebs, Leiter des Radium-Instituts in Oberschlema, wird von den Sowjets verhaftet und in Moskau mehrere Monate lang verhört. 1946 nach Oberschlema zurückgekehrt, geht er nach Frankfurt (Main) und im folgenden Jahr in die USA. Dort arbeitet er für amerikanische Dienststellen; später erhält er einen Lehrstuhl für Biologie, dann für Radiologie an der Universität von Louisville.

21.11. Der Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen informiert sich über die Aufschlußarbeiten in Oberschlema.

1946

17.01. Der gemeinsame Alliierte Kontrollrat für Deutschland erläßt den Befehl Nr. 3, der die Zwangszuweisung von Arbeitsplätzen an Arbeitslose für die Dauer von sechs Monaten oder

länger erlaubt.

Jan. Betriebsteile der Sachsenerz Bergwerks AG bei Johanngeorgenstadt werden von sowjetischen Militäreinheiten beschlagnahmt. Hier entsteht später das Objekt Nr. 1 der neugegründeten SAG Wismut.

Frühj. An der Bergakademie Freiberg werden Büros des sowjetischen Volkskommissariats für Rüstung eröffnet.

22.04. Der Alliierte Kontrollrat erläßt mit der Direktive Nr. 22 ein Betriebsrätegesetz für ganz Deutschland.

April In Johanngeorgenstadt wird das erste Uran für die Wismut AG abgebaut.

Mai Die Leiter der Lager für Umsiedler und Arbeitsämter in Sachsen werden verpflichtet, Arbeitskräfte in „großer Zahl" in das Bergbaurevier Aue zu schicken.

Die Besatzungsbehörden erteilen kleinen Privatbetrieben in Schneeberg den Auftrag, nach Uran zu suchen.

31.05. Die SMAD ordnet die Schließung des Radium-Instituts in Oberschlema an.

14.06. In Halle (Saale) kommt es zur Gründung der (sowjetzonalen) Industriegewerkschaft Bergbau.

Aug. Der erste Abbau von Uranerzen beginnt in Oberschlema.

01.09. Der erste für Bergarbeiter abgeschlossene Tarifvertrag findet keine Anwendung auf die Betriebe der Wismut AG.

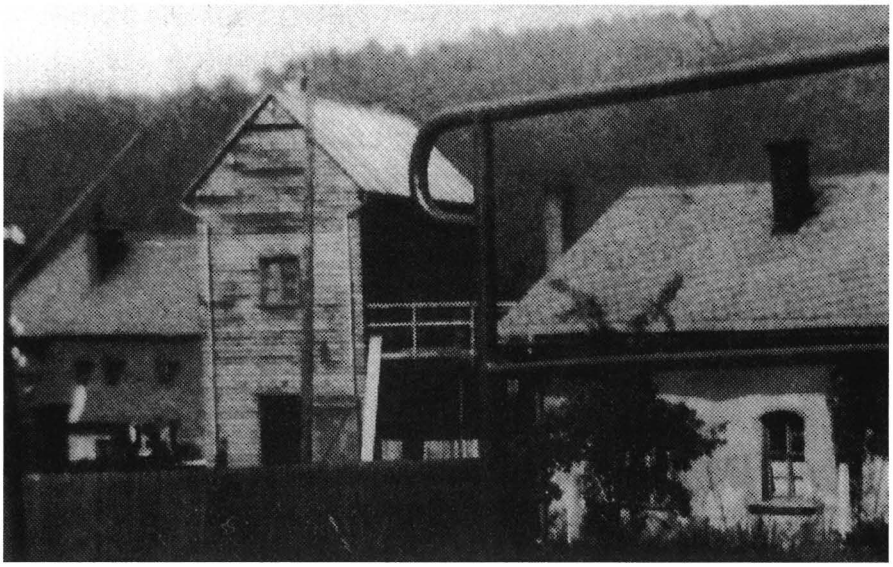
Sept. Nach der Beschlagnahmung von Gruben in Schneeberg durch sowjetische Militäreinheiten entsteht dort später das Wismut-Objekt Nr. 3.

Herbst „Sonntagsschichten" werden im Revier von Johanngeorgenstadt eingeführt.

Prof. Dr. Friedrich Schumacher, Direktor des Geologischen Instituts der Bergakademie Freiberg, wird von den Besatzungsbehörden beauftragt, bis zum Jahresende ein Gutachten über die Uranvorkommen im Erzgebirge zu erstellen.

Okt. Der Leiter der Bergbau-Verwaltung der sowjetischen Geologischen Erkundungsexpedition erhält den Befehl zur Bildung von Bergbauverwaltungen in Sachsen.

13.11. Das Sekretariat des Landesvorstands der SED in Sachsen bildet einen Sonderausschuß Erzbergbau.



Oberschlema. Lichtloch 15, bei dem 1946 der Uranbergbau begann

1947

15.02. Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland beauftragt den früheren Oberleutnant und Adjutanten des Generalfeldmarschalls Rommel mit dem Aufbau einer Bergpolizei mit dem zentralen Sitz in Aue.

20.02. Die IG Bergbau entsendet einen Sonderbeauftragten für den Erzbergbau nach Aue.

Frühj. Ein leistungsbezogenes Entlohnungssystem wird für den Uranbergbau eingeführt.

Der Sonderausschuß Erzbergbau des Landesvorstands Sachsen der SED wird nach Aue verlegt.

In Bärenstein beginnt der Uranbergbau. Dort arbeiten auch Privatbetriebe.

Die Gruben des Marienberger Reviers werden von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt.

01.03. Die Präsidentin des Landesarbeitsamtes Sachsen hält sich zu Beratungen in Aue auf.

15.04. Ein Brief des Landesvorstandes Sachsen des (sowjetzonalen) Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) an die „russischen Gewerkschaften" informiert über „Übelstände im Erzbergbau im Kreis Aue". Er enthält zahlreiche Forderungen an die sowjetische Generaldirektion der Wismut AG zur Verbesserung der Lage.

26.04. Generalmajor Michail M. Malcev, Generaldirektor der Wismut AG, empfängt erstmals eine deutsche Gewerkschaftsdelegation und sichert Verbesserungen zu.

01.05. Malcev delegiert einen Steiger als Gewerkschaftsfunktionär in das Amt für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen, Außenstelle Aue. Für das Revier Johanngeorgenstadt wird ebenfalls ein hauptberuflicher Gewerkschafter eingesetzt.

08.05. Die sächsische Landesregierung erläßt ein Gesetz zur Enteignung aller privaten Bergbauunternehmen.

26.05. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland ordnet mit dem Befehl Nr. 128 die „Übernahme einer Reihe deutscher Bergbau-Betriebe in das Eigentum der UdSSR auf Reparationsrechnung" an.

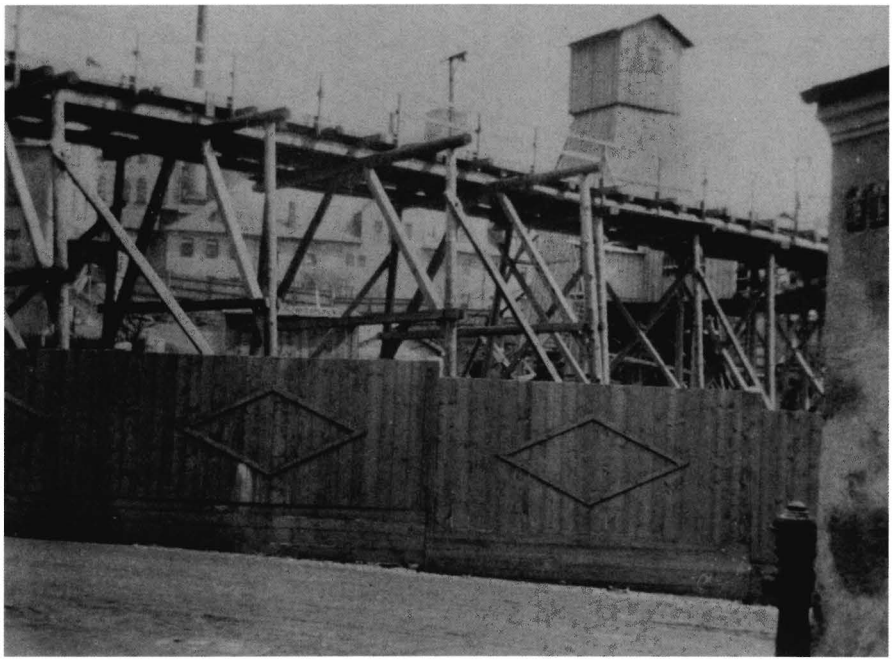
Ende Mai Der Direktor der Hygienischen Untersuchungsanstalt Dresden warnt in einem Gutachten den sächsischen Landtag eindringlich vor den gesundheitlichen Gefahren des Uranbergbaus.

30.05. Der Befehl Nr. 131 der Sowjetischen Militärverwaltung in Sachsen schreibt nochmals die Überführung der sächsischen Bergverwaltungen in sowjetische Regie fest.

03.06. Malcev erläßt den Befehl Nr. 115, mit dem wichtige Forderungen der deutschen Gewerkschafter erfüllt werden.

Sommer Bei der Wismut AG finden die letzten freien Betriebsratswahlen statt.

Malcev fordert den Landesverband Sachsen des FDGB auf, Berichte über die Zustände im Uranbergbau weder in der Presse zuzulassen noch in Versammlungen zu diskutieren.



Schneeberg. Wismut-Objekt 03 (Ritterschacht II), Teufe 176 m

03.07. Zu einer Zusammenkunft des sächsischen Landesarbeitsamtes werden sämtliche Bürgermeister der Bergbaustädte, Behördenvertreter, Betriebsräte und Bergleute nach Aue geladen.

17.07. Der Landesverband Sachsen der SED beschließt,wegen der Situation im Bergbau den Parteivorstand anzurufen.

Juni Die Besatzungsbehörden erlauben die Wiederaufnahme des Kurbetriebes in Oberschlema, der jedoch bald darauf ganz eingestellt wird.

Der Ministerrat der UdSSR beschließt den offiziellen Beginn des Uranbergbaus im Erzgebirge.

01.08. Die SMAD erläßt einen geheimen Befehl zur Stellung von 20 000 Arbeitskräften für den Erzbergbau.

05.08. Die sächsische Landesregierung verhängt mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Uranbergbaus eine Zuzugssperre für Umsiedler in die Kreise Aue, Marienberg und Annaberg.

12.08. Der Parteivorstand der SED befaßt sich mit den sozialen Mißständen im Uranbergbau.

28.08. Die sowjetische Militärverwaltung in Sachsen befiehlt dem sächsischen Ministerpräsidenten Seydewitz, die Kurunternehmen in Oberschlema an die Wismut AG zu verpachten.

Herbst Auf Befehl der Direktion der SAG Wismut kommt es zur Auflösung der frei gewählten Betriebsräte.

13.09. In einer Presseerklärung behauptet Wilhelm Pieck, zusammen mit Otto Grotewohl Vorsitzender der SED, nichts über Zwangsverpflichtungen für den Erzbergbau zu wissen.

10.10. Otto Grotewohl ordnet die Gewährung von Prämien und Auszeichnungen für Beschäftigte der Wismut AG an.

1948

28.02. Die sächsische Landesregierung führt Gespräche mit der Wismut AG wegen der Aussiedlung von Personen aus den Regionen des Uranbergbaus, die „nicht unmittelbar mit dem Wirtschaftsprozeß verknüpft sind".

Das Schneeberger Wohnungsamt hält für „tauschlustige Personen oder Familien" Wohnungsanngebote in anderen Räumen der Sowjetischen Besatzungszone bereit.

23.04. Führungskräfte der Wismut AG beraten mit Vertretern des Verteidigungsministeriums der UdSSR in Aue.

30.05. Der sächsische Ministerpräsident Seydewitz zeichnet Delegierte der Wismut AG mit Ferienreisen aus.

Juni Die Deutsche Verwaltung des Innern erläßt eine Richtlinie „über die Fahndung nach flüchtigen Bergarbeitern der zentralen Bergwerksverwaltung in Aue/Sachsen".

09.09. Belegschaftsmitglieder der Wismut AG bitten den sächsischen Ministerpräsidenten in einem Brief, für sie reservierte Plätze in Kureinrichtungen einzurichten.

25.09. In den Kreis Aue dürfen nur noch solche Arbeitskräfte vermittelt werden, die nicht geschlechtskrank sind.

10.10. Grotewohl spricht auf einer Kundgebung vor mehr als 4500 Bergarbeitern in Aue.

21.11. Seydewitz leitet eine Beratung über Fragen des Wohnungsbaus im Kreis Aue, mit dem bald darauf begonnen wird.

1949

17.04. Im Klubhaus „Fortschritt" in Schneeberg findet eine Konferenz zur Gründung einer Kreisorganisation der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" statt.

26.06. Der Vorsitzende der SED-Kreisleitung II Aue ruft alle Parteimitglieder auf, an einem „Hennecke-Sonntag" besonders hohe Schichtleistungen zu erbringen.

27.06. Ein Aufruf an Einwohner in Aue appelliert zur Mitarbeit am Wohnungsbauprojekt für Bergarbeiter.

15.07. Die Leitungen der SED und ihrer Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend" (FDJ) in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden aufgefordert, Parteimitglieder in den Uranbergbau zu delegieren.

29.08. Die Sowjetunion zündet bei Semipalatinsk ihre erste Atombombe.

15.09. In Aue weiht der Landrat das „Puschkin-Haus" für die Gesellschaft der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" ein.

Sept. Die Bergpolizei wird auf der Grundlage eines Vertrages zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und der sächsschen Landespolizeibehörde reorganisiert.

11.10. In Berlin dankt Grotewohl bei einem Fackelzug den Angehörogen der FDJ der Wismut AG für ihre besonderen Leistungen.

Dez. Ein Führungsoffizier der Wismut AG fordert für das kommende Jahr pro Monat 10 000 neue Arbeitskräfte an.

1950

01.03. Klaus Fuchs wird in London wegen Atomspionage für die Sowjetunion zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

01.04. Die gesonderte „Reviergruppe Wismut" wird aus der zentralen IG Bergbau ausgegliedert.

04.06 Der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes bildet eine gesonderte Industriegewerkschaft Wismut.

11.06. Der sächsische Arbeitsminister übergibt den Wismut-Bergleuten ein Sanatorium in Niederschlema.

17.06. Der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulricht, der sächsische Ministerpräsident Seydewitz und Generaldirektor Malcev nehmen an der Delegiertenkonferenz der SED Wismut Aue teil.

27.07. Das Politbüro der SED beschließt Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter im Uranbergbau.

17.09. In Zwickau wird erstmals unter Teilnahme von Wilhelm Pieck der „Tag der Bergarbeiter" festlich begangen.

15.10. Der Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" wird zur Wismut AG strafversetzt.
Kurt Bartel (KuBa) textet das „Wismut-Lied".

1951

28.01. Die Zentrale Kampfplankonferenz der AG Wismut beschließt den Bau von „Kulturpalästen".

18.03. Die Betriebssportgruppe „Zentra Wismut Aue" steigt in die Fußball-Oberliga auf.

21.03. Wismut-Bergleute stürmen eine Polizeiwache in Schneeberg.

28.06. Der Ministerrat der DDR beschließt soziale Verbesserungen für Bergarbeiter.

30.06. Grotewohl zeichnet 30 „Verdiente Bergleute" aus. Bergleute der Wismut AG werden als Bürgermeister in Johanngeorgenstadt und Oberschlema eingesetzt.

16.08. In Saalfeld kommt es zu einem Aufruhr unter der Wismut-Belegschaft.

Sept. Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland und das Politbüro der SED befassen sich mit den Ereignissen in Saalfeld.

Herbst Die Räumung der Altstadt von Johanngeorgenstadt wird vorbereitet.

Nov. Das SED-Politbüro beschließt sowohl umfangreiche soziale Verbesserungen für die Beschäftigten im Uranbergbau als auch repressive Maßnahmen.

15.12. Ulbricht spricht auf der V. Gebietsdelegierten-Konferenz der SED Wismut Aue.

18.12. Der Ministerrat der DDR gibt umfangreiche Mittel für den Wismut-Wohnungsbau frei.

1952

Feb. Auf einem Treffen der Generaldirektion der Wismut AG mit Ulbricht und Vertretern des FDGB sowie der sächsischen Landesregierung werden sozialpolitische Vergünstigungen für die Wismut-Bergleute, insbesondere der Bau neuer Wohnungen, beschlossen.

März Zur Durchführung der Beschlüsse kommt es zur Bildung des „Sonderbaustabes Erzbergbau".
In den Kreisen des Uranbergbaus kommt es zu ersten politisch motivierten Zwangsaussiedlungen.

Frühj. Die Zahl der Entlassungen übersteigt bei der Wismut AG erstmals die Zahl der Einstellungen.

Juni Die Zentralverwaltung der IG Wismut beschließt die Erweiterung des betriebseigenen Verkaufsstellennetzes.

08.08. Der 1. Sekretär der SED Wismut wird Abgeordneter des Bezirkstages in Chemnitz.

13.10. Zahlreiche Beschäftigte der Wismut AG erhalten Auszeichnungen, u.a. als „Verdienter Erfinder", „Verdienter Bergmann", "Verdienter Aktivist", „Brigade der besten Qualität", "Revier der ausgezeichneten Qualität".

1953

Frühj. Bei der Wismut AG kommt es zu einer neuen Entlassungswelle.

22.04. Wismut-Kraftfahrer streiken in Katzendorf.

15.06. Einwohner von Johanngeorgenstadt protestieren gegen die Pläne zur Räumung und zum Abriß ihrer Häuser.

17.06. Volksaufstand in der gesamten DDR.

Juli Mindestens 51 Wismut-Kumpel werden im Zusammenhang mit der Streikbewegung verhaftet.

22.08. Die Regierungen der UdSSR und der DDR schließen ein Abkommen über die Umwandlung der bisherigen sowjetischen Wismut AG in die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut.

05.11. Eine Gewerkschaftsdelegation der Wismut AG reist in die Sowjetunion.

Nov. Grotewohl besucht Oberschlema.

Dez. Die Wismut AG wird aufgelöst.

1954

01.01. Fritz Selbmann, Minister für Schwerindustrie, wird zum Vorsitzenden des Vorstandes der neu geschaffenenen Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut ernannt.

Juli/Aug. 56 Beschäftigte der SDAG Wismut erhalten einen Kuraufenthalt auf der Krim.

09.10. Der sowjetische Außenminister Molotow befährt den Wismut-Schacht 227.

1955

19.02. Der 1. Sekretär der SED Wismut nimmt eine Parade der Betriebs-Kampfgruppen ab.

April Das Zentralkommittee der SED würdigt die Pionierrolle der Wismut-Beschäftigten bei der Festsetzung neuer Arbeitsnormen.

01.05. Kurt Bartels verfaßt sein Gedicht: „Maigruß an die 6000 Brigaden des Erzbergbaus".

16.07. Ein Grubenbrand im Blindschacht 208 b in Niederschlema fordert 33 Tote.

22.07. In Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), dem Sitz der Hauptverwaltung der SDAG Wismut, findet ein Staatstrauerakt statt.

1956

Dez. Erstmals wird ein deutscher Bergmann Leiter eines „Schachtes" der Wismut AG.

Anschrift des Verfassers:

Werner Schiffner
Robert-Schumann-Str. 2

D-08280 Aue